

**Absender
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0491/2013/1

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
SPD-Fraktion**

zur Sitzung:

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung,
Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013**

Haupt- und Finanzausschuss am 10.12.2013

Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 17.12.2013

Tagesordnungspunkt

SPD-Antrag für eine Satzung zum "Schutz und Erhalt von Wohnraum"

Inhalt:

Im ASSG am 24.09.2013 ist die Verwaltung beauftragt worden, ein Konzept für einen „Runden Tisch“ zu entwickeln, der sich mit Wegen zur Förderung bezahlbaren Wohnungsbaus in Bergisch Gladbach beschäftigen soll.

In der damaligen Sitzung sind neben den bekannten Instrumenten der Wohnungsbauförderung des Landes NRW auch die Bereitstellung von Grundstücken durch die Stadt bzw. den SEB, die Werbung und Beratung von Investoren, Aktivitäten der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft und Maßnahmen sozialpolitischer Art benannt worden.

Unstreitig – auch durch den Beschluss eines „Runden Tisches“ bestätigt – ist:

- bezahlbarer Wohnraum in Bergisch Gladbach ein knappes Gut
- die Errichtung auch bezahlbaren Wohnraums ein stadtentwicklungspolitisch wichtiges und sinnvolles Ziel
- diese Aufgabe nur durch ein Zusammenwirken vieler Beteiligter lösbar. Daher sollte ein breiter Kreis von Organisationen und Initiativen angesprochen werden.

Insofern werden folgende Teilnehmer vorgeschlagen:

1. Die Stadt Bergisch Gladbach hat im Rahmen der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes eine Arbeitsgruppe „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement“ einberufen. Hieran haben Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen, des Rheinisch-Bergischen Kreises, der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft und von Haus und Grund Rhein-Berg e.V. teilgenommen. Weiterhin wurden Vertreterinnen bzw. Vertreter der Beiräte (Integrationsrat, Seniorenbeirat, Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung) eingebunden.
2. Ebenfalls im Rahmen der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes wurde eine „Zukunftskonferenz Wohnen“ einberufen. Zusätzlich zu den bereits oben erwähnten Personen bzw. Organisationen waren hier auch einzelne Vertreterinnen und Vertreter der Immobilienwirtschaft sowie der lokalen Geldinstitute beteiligt.
3. Im ASSG war vereinbart worden, dass seitens der Fraktionen weitere Teilnehmer vorgeschlagen werden könnten. Hiervon hat die Fraktion DIE LINKE./BfBB Gebrauch gemacht und den Deutschen Mieterbund, Haus und Grund Rhein-Berg, das Netzwerk Wohnungsnot Rhein-Berg, zwei konkrete Mitarbeiter des Fachbereichs 5 (Obdachlosenangelegenheiten, Sozialraum- und Stadtteilmanagement) und die Vertreter der Beiräte vorgeschlagen.

Es wird angeregt, die Teilnehmer der beiden Arbeitskreise zum Stadtentwicklungskonzept erneut einzuladen. Auch den Vorschlägen der Fraktion DIE LINKE./BfBB ist mit der Maßgabe zu folgen, dass nicht einzelne Mitarbeiter der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach, sondern der federführende Fachbereich 5 eingeladen wird. Zudem wurde – hinsichtlich der Vertreter der privaten Immobilienwirtschaft - die Einladungsliste des Rheinisch-Bergischen Kreises für das dortige Handlungskonzept Wohnen ausgewertet.

Die sich ergebende Teilnehmerliste ist als *Anlage* beigefügt.

Das erste Treffen der Mitglieder des „Runden Tisches“ soll ein Auftaktgespräch in den Räumen der Stadt Bergisch Gladbach sein, in dem die Beteiligten gebeten werden, ihre Sicht der Probleme der Wohnraumversorgung zu beschreiben, damit insgesamt eine gemeinsame Information über das Spektrum der zu lösenden Aufgaben besteht. Aus dieser Gesamtsicht sollen im Konsens einzelne Arbeitsschwerpunkte heraus gearbeitet werden, die bei späteren Treffen des Runden Tisches nacheinander erörtert werden. Für diese Schwerpunkte wird vorgeschlagen, dass einzelne beteiligte Organisationen zu einem jeweils zeitlich auf 1 ½ Stunden (8.30 bis 10.00 Uhr) beschränkten „Frühstück“ in ihre Räumlichkeiten einladen, dort ihre Sicht der Probleme und insbesondere ihre Möglichkeiten, zur Lösung beizutragen, vorstellen und sodann eine Diskussion stattfindet. Es sollten ca. 8 Treffen pro Jahr an einem festen Wochentag stattfinden. Dieses Instrument hat sich in anderen Städten bewährt, weil die Termine nicht ständig in Konkurrenz zu den abendlichen Sitzungsterminen liegen, ein klarer zeitlicher Rahmen vorgegeben ist und die Möglichkeit geboten wird, dass einzelne Organisationen ihre Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsweise den anderen Beteiligten vorstellen. Neben der gemeinsamen Erörterung der Probleme können gerade hieraus neue Lösungsansätze entstehen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag der SPD-Fraktion, eingegangen am 27.06.2013, (*Anlage*) aufgrund der Einrichtung des Runden Tisches „Bezahlbarer Wohnraum“ mit den dadurch geschaffenen Beratungsmöglichkeiten als erledigt zu betrachten.